----------Es gilt die gesprochene Fassung----------

Frau Vorsteherin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

Wir haben mit diesem Antrag heute über einen Sachverhalt zu entscheiden, der so intensiv, fast 13 Jahre lang, und teilweise so ungewollt diskutiert wurde, wie kaum ein anderer.

Verwaltungstechnisch handelt es sich schlicht, um die Umbenennung einer Straße. Doch die langjährige Diskussion und ein Blick in die Geschichte zeigen, dass es eben mehr ist als dies.

Es geht um die Bewertung und die Konsequenzen eines nationalsozialistischen Unrechts.

Damit wir dieses Unrecht jedoch verstehen und wirklich aufarbeiten können, müssen wir uns die Ursachen, Wirkungen und Motivation der TäterInnen ansehen.

Judenverfolgung und Holocaust

Schon vor der Machtübernahme Adolf Hitlers machte die NSDAP kein Geheimnis daraus, wer für sie die angeblichen „Feinde“ des deutschen Volkes seien.

Es waren Sinti und Roma, Homosexuelle, Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, es waren Menschen mit Behinderungen, eben all jene, die nicht ins nationalsozialistische Weltbild passten.

Und eben auch zuallererst Jüdinnen und Juden.

Bereits im Februar 1933 griffen SA-Trupps jüdische Geschäfte an, plünderten und verwüsteten diese und machten auch vor Menschen nicht halt.

Die Verfolgung, Misshandlung und Ermordung von Jüdinnen und Juden wurde ab dieser Zeit alltäglich.

Die Nürnberger-Rassen-Gesetze von 1935 machten den Hass gegen Jüdinnen und Juden zum Gesetz.

Die Nationalsozialisten trieben diese Politik in alle Bereiche der Gesellschaft.

Sie wollten jede Erinnerung an jüdische Menschen und jüdische Kultur tilgen.
Jedes Buch eines jüdischen Autors, jedes Musikstück eines jüdischen Komponisten und eben auch jeder jüdische Name auf einem Straßenschild sollte aus der Gesellschaft und der Erinnerung der Menschen ausgelöscht werden.

Am 09. November 1938, also vor fast genau 69 Jahren, nahm dieser Hass einen ungeahnten vorläufigen Höhepunkt an und schlug um zur offenen Jagt auf Menschen.

Es war der Beginn der fast völligen Vernichtung des europäischen Judentums.

Die Geschichte der Straße

Meine Damen und Herren,

wie perfide und detailliert sich der Hass gegen die Juden äußerte, zeigt sich am Beispiel der antisemitischen Straßenumbenennung aus dem Jahr 1938.

Der heutige Pfalzgrafenweg wurde 1915 in Mahlsdorf angelegt und 1920 nach dem weltberühmten Komponisten Jacques Offenbach benannt.

Es war nicht vordergründig der Wille, den Straßen in diesem Viertel Namen jüdischer Menschen zu geben, sondern vielmehr Musiker zu ehren und zu würdigen.

Es sollte ein Musikerviertel in Mahlsdorf entstehen - Ein Musikerviertel in dem Ludwig van Beethoven, Giacomo Meyerbeer, Felix Mendelssohn-Bartholdy, Richard Wagner und eben auch Jacques Offenbach, um nur einige zu nennen, ihren Platz erhalten sollten.

1935 forderte der damalige Oberbürgermeister von Berlin, veranlasst durch die Nürnberger Rassengesetze, die Bezirksbürgermeister dazu auf „jüdische Namen auszumerzen“.
Daraufhin wurden am 16. Mai 1938 7 Straßen in Mahlsdorf und Kaulsdorf, unter anderem auch im Musikerviertel umbenannt, die einen jüdischen Namenspatron hatten.

Nichts sollte nach dem Willen der Nazis an sie erinnern, auf keinem Straßenschild sollte von nun an der Name eines Juden zu finden sein.

Die Debatte seit 1945 „SCHAUEN WIR AUF DEN VERLAUF der Diskussion nach 1945“

Nach 1945 wurde eine Liste angefertigt mit den rück zu benennenden Straßen.

Von dieser über 100 Namen umfassenden Liste, wurden letztlich 1947 nur wenige Straßen rück benannt.

Es wurden nur die offensichtlich nationalsozialistisch motovierten Straßennamen entfernt.

Es war 1994 der Hellersdorfer „Verein zur Unterstützung öffentlicher Diskussionen am nordöstlichen Stadtrand“, der nach fast 50 Jahren das erste mal auf dieses noch bestehende Unrecht aufmerksam machte.

Auch damals schon waren die AnwohnerInnen gegen eine Rückbenennung und man einigte sich auf das Anbringen von Hinweisschildern.

Uwe Klett, der sich für eine Rückbenennung der betroffenen Straßen seit 1995 einsetzt, nennt diese immer „Scham-Schilder“, weil es dem kritischen Betrachter doch schamhaft vorkommen muss, zwar auf ein Unrecht und Verbrechen hingewiesen zu werden, aber es dennoch darunter lebendig existieren zu sehen.

Die folgenden Diskussionen orientierten sich mehr an den Kosten, als an dem historischen Hintergrund.

Ich möchte hierbei an einen Abgeordneten erinnern, der eine solche Diskussion „als kostspieligen Unsinn“ kommentierte. In seiner Einladung zu einem Bürgerforum wurde nicht einmal ein Wort über die historischen Hintergründe verloren.

Das meine Damen und Herren, ist kein angemessener Umgang mit der Geschichte, das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit der äußerst notwendigen Aufarbeitung.

Erst Anfang diesen Jahres entwickelte sich eine neue Diskussionskultur.

Das Bündnis „KEIN VERGESSEN“, welches im vorrigen Jahr eine Ausstellung und Broschüre zum Sinti- und Romazwangslager herausgegeben hatte, nahm sich diesem Thema an und wollte aus der Debatte eine politische machen.

Warum Rück- und nicht Neubenennung

Meine Damen und Herren,

ich habe ihnen hier noch einmal den historischen Hintergrund dieses ihnen vorliegenden Antrages dargelegt, um deutlich zu machen, dass es eben mehr ist als eine einfache Umbenennung.

Ich sage ganz deutlich, die Umbenennung war ein Verbrechen, welches sich in die Absicht der Nazis, alles jüdische Leben zu vernichten und aus der Erinnerung zu streichen, einfügt.

Eines der Gegenargumente einer Rückbenennung ist, dass die Komponisten ja keine direkten Opfer der NS-Herrschaft waren. Das sie nicht mehr gelebt haben zu diesem Zeitpunkt.

Jedoch müssen wir beachten, dass der Holocaust in all seinem Umfang nicht erst in der Gaskammer begann. Er zeigte sich durch die Auslöschung jüdischer Kultur und der Erinnerung an diese ebenso, wie durch die systematische Vernichtung von Menschen.

1933 brannten Bücher von Schriftstellern, die den Nazis nicht in ihr Weltbild passten. Unter diesen auch Werke von Heinrich Heine, der ebenfalls längst tot war. Es war jener Heine der sagte: „Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“.
Es war der Wille der Nazis, dass diese Straßen einen anderen, vorallem keinen jüdischen Namen erhalten und dieser Wille, hat bis heute seine Gültigkeit nicht verloren.

Auch wird oft damit argumentiert, dass es doch Hinweisschilder gäbe, auf denen das Unrecht angemahnt wird.

Meine Damen und Herren,

Hinweisschilder sind heute eine Selbstverständlichkeit. Wir finden diese an fast jeder Straße, die nach weltberühmten Menschen benannt ist.

Und auch ich bin davon überzeugt, dass wir solche Schilder auch an den betroffenen Straßen in Mahlsdorf brauchen.

Die Mahnung, die uns an die Geschehnisse von 1938 erinnert, ist dieses Schild. Aber der Name der darunter steht ist die politische Konsequenz, die wir aus der Geschichte ziehen.

Es gibt auch Menschen, die sagen, dass doch der Würdigung von Jacques Offenbach genüge getan ist, wenn eine andere, eine neue Straße nach ihm benannt wird.

Durch eine solche Neubenennung, würde sich manifestieren, dass auf Absehbare Zeit kein jüdischer Komponist im Musikerviertel geehrt wird.

Eine wirkliche Würdigung unsererseits kann jedoch nur darin bestehen, die 1938 begangene Herrabwürdigung aufzuheben.

Es gibt in Mahlsdorf seit 1920 ein Musikerviertel, indem viele Komponisten zu finden sind.
Es gibt nur einen Unterschied zu der Zeit vor dem 16. Mai 1938:
Die Namen aller jüdischen Musiker wurden durch die Nazis getilgt.
Wenn Jacques Offenbach wieder seinen Platz in unserem Bezirk bekommen soll, dann ist dieser Platz im Musikerviertel und nicht anderswo.

Meine Damen und Herren,

wir alle wissen, dass eine Straßenum- oder Rückbenennung niemals einfach ist.

Nirgentwo, in keiner Stadt und keiner Kommune freuen sich die Menschen über den damit verbundenen Mehraufwand.

Es hat in der Vergangenheit Podiums- und Informationsveranstaltungen vom Bündnis „KEIN VERGESSEN“ gegeben, zu dem auch die AnwohnerInnen eingeladen waren.
Daran nahmen insgesamt vier BürgerInnen aus den betroffenen Straßen teil.

Die Linkspartei.PDS hat ein historisches Forum veranstaltet, an dem auch nur eine Anwohnerin teilnahm.
Es hat ein Bürgerforum der CDU gegeben an dem sehr viele Menschen teilgenommen haben, leider wurde der historische Aspekt nur sehr wenig angesprochen.

Es kann und darf niemandem eine Diskussion aufzwingen werden, wenn er sie nicht führen möchte.
Aber das heißt nicht, dass wir nicht dennoch in der Pflicht sind sie zu führen und auch Entscheidungen zu treffen.

Dieser Antrag ist denjenigen Parteien bereits seit Mai bekannt, die an der Podiumsdiskussion im Alten Marzahner Rathaus teilnahmen.

Ich denke, nach 13 Jahren der Diskussion müssen wir nunmehr auch entscheiden.

Wir alle wissen, dass man als gewählter Vertreter der Bevölkerung immer eine Abwägung treffen muss, zwischen dem Interesse der in diesem Fall direkten AnwohnerInnen und den Interessen des Bezirkes.

Diese Abwägung findet in vielen Fällen statt, zu nennen sei hierbei die Diskussion um die Wasserski-Anlage in Mahlsdorf.

Sicher, in diesen Fällen ist der Nutzen für die breite Bevölkerung sichtbarer, als bei einer Straßenrückbenennung.

Jedoch ist es sehr wohl von Interesse und Nutzen der gesamten Marzahn-Hellersdorfer Bevölkerung, wie wir mit der Aufarbeitung unserer Geschichte umgehen.

Wer jedoch von „neuem Unrecht“ spricht, der irrt.

Die Aufarbeitung und der Umgang mit Deutscher Geschichte war und ist nicht einfach, kostet Geld und auch Mühe.

Aber wir alle sollten uns vor Augen führen, dass dies nichts und auch wirklich gar nichts, mit dem Unrecht zu tun hat, dass jüdische Menschen im Dritten Reich erfahren mussten, als Geschäfte verwüstet wurden und jüdische Kultur auch in Form von Straßenschildern ausgelöscht wurde.

Künftiges Gedenken

Meine Damen und Herren,

die meisten Komponisten haben ihren Platz nunmehr an anderer Stelle in Berlin gefunden.

Mit diesem Antrag, wollen wir ein Zeichen setzen, nicht irgendwo, sondern genau an der Stelle, an dem das Unrecht geschah.
Jacques Offenbach soll wieder auf seinem Straßenschild erscheinen und die fast 69 Jahre lange Gültigkeit eines NS-Verbrechens endlich aufgehoben werden.

Lassen wir es keine 70 Jahre werden.
Dies ist jedoch nicht das Ende eines würdigen Gedenkens, sondern vielmehr der Anfang.

Ich unterstütze daher den Antrag der Bündnis-Grünen in seiner ursprünglichen Form, auch wenn uns die Namen längst bekannt sind. Ich möchte zu bedenken geben, dass nicht nur das Bezirksamt, sondern vielmehr wir alle aufgerufen sind, Vorschläge für den Umgang mit den Geschehnissen von 1938 zu finden.
Dieser Antrag ist einer davon.

Meine Damen und Herren,

ich möchte für die Zustimmung zu dem hier vorliegenden Antrag werben und will abschließend Monika Thieme zitieren.

Sie ist SPD-Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf, wo es auch Diskussionen um Straßenrückbenennungen gibt.

Sie sagte anlässlich des 68. Jahrestages der Pogrome gegen Jüdinnen und Juden am Mahnmal am Bahnhof Grunewald am 09. November 2006:

„Auch in unserem Bezirk gibt es seit Jahren eine Diskussion um Straßen, die von den Nationalsozialisten umbenannt wurden, weil sie die jüdischen Namen nicht im Straßenbild dulden wollten.

Manche sagen, es sei doch inzwischen so viel Zeit vergangen, dass man diese Straßennamen, an die alle sich gewöhnt haben, nicht mehr ändern müsse. Ich antworte darauf: Ganz im Gegenteil, es ist längst überfällig, dass wir das nationalsozialistische Unrecht endlich rückgängig machen, auch dort, wo es nicht auf den ersten Blick offensichtlich ist. Denn es war ein Unrecht, jüdische Straßennamen auszulöschen. Erst kam die Auslöschung der Namen, dann wurden die Menschen ermordet.“

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um die Zustimmung zu diesem Antrag.

Ich danke Ihnen.